

AKTUELL

MAISONS RELAIS

Die gute Kindheit

Christiane Walerich

Ein neues Handbuch zu den Maisons Relais liefert nützliche Vorschläge für eine gute Kinderbetreuung. Wie weit die Praxis mit der Theorie mithalten wird, muss die Zukunft zeigen.

Die Maisons Relais als eine „Investition in Humankapital“, als „Instrument eines Unvereinbarkeitsmanagements von Familien“ - ökonomisches und technisches Vokabular dieser Art findet sich an einigen Stellen des neu erschienenen Handbuchs „Maisons Relais pour enfants“. Rund achtzig Artikel von AutorInnen aus dem Betreuungssektor, dem Architekturbereich, aus Politik und Wissenschaft wurden hier zusammengetragen. Das Werk sei als „Nachschlagewerk“ gedacht und nicht „als Regelwerk (...), in dem die Leser vorgefertigte Lösungen (...) frei Haus geliefert vorfinden“, so, in ihrem Vorwort, die Familienministerin Marie-Josée Jacobs, die nicht müde

wird, die Entwicklung der Maisons Relais als „success-story“ zu preisen. Was den Umfang des Angebots betrifft, hat sie damit sicherlich nicht ganz unrecht - seit dem großherzoglichen Reglement vom 20. Juli 2005 bezüglich der Maisons Relais sind immerhin rund 100 Einrichtungen in 96 von 116 Gemeinden offiziell befugt, Kinder nach flexiblen Einschreibungskriterien aufzunehmen und pädagogisch zu betreuen, wobei das bestehende Angebot von 16.100 Plätzen in den nächsten zwei Jahren noch um rund 8.000 Plätze erweitert werden soll. Doch stellt sich nach wie vor die Frage nach der Betreuungsqualität. Und damit die allgemeinere nach der „guten Kindheit“. Denn, wie es Michael Sebastian Honig, Professor für Pädagogik an der Uni Trier, im Handbuch formuliert, „die institutionelle Kleinkindererziehung definiert mit, was Kindheit ist“, gerade weil die Kinder

neben der Schule immer mehr Zeit in Betreuungseinrichtungen verbringen. Hier bietet das Handbuch sehr unterschiedliche, teilweise einander ergänzende Beiträge zu der Frage, wie die Vorstellung von dieser „guten Kindheit“ zu konkretisieren sei. Einige Autoren betrachten diese dabei aus vorwiegend funktionaler Perspektive, fragen also: Welche BürgerInnen brauchen wir heute und morgen, und welche Integrationsmaßnahmen sind notwendig angesichts der Tatsache, dass 44 Prozent der SchülerInnen eine andere Muttersprache als Luxemburgisch haben. Andere behandeln das Zusammenspiel von Maisons Relais und Schule. „Dasselbe oder ein ähnliches Angebot in Schule und Maison Relais ist fatal“, so die Überzeugung von Aloyse Ramponi, Vorsteher des Capel. Für das Verhältnis zu den Gemeinden fordern Manuel Achten und Nicole Horn (Caritas): „Die Maison Relais sollte in der Gemeinde keine isolierte, eingegrenzte Insel sein, sondern an lokalen, sportlichen und kulturellen Veranstaltungen teilnehmen“. Daneben thematisiert das Handbuch die Zusammenarbeit mit spezifischen Einrichtungen wie dem „Service de consultation et d'aide pour troubles de l'attention, de la perception et

du développement psychomoteur“ (SCAP) oder der Logopädie für Kinder mit speziellen Bedürfnissen. „Qualität in der Kinderbetreuung bedeutet vor allem Beziehung, und Beziehung erfordert Zeit“, so die Diplom-Psychologinnen Karin Weyer und Susanne Stoppel, die in ihrem Beitrag die hohe Bedeutung von sicheren Bindungserfahrungen des Kindes zu einem Betreuer unterstreichen. Neben diesen Erörterungen der Interaktion zwischen den verschiedenen Akteuren liefert das Handbuch Praxisbeispiele für einen zu organisierenden Tagesablauf sowie für die Raumgestaltung einer Maison Relais. Auch wenn das Handbuch somit durchaus interessante Anregungen liefert und zur Netzwerkarbeit zwischen einzelnen Akteuren anregen kann, müssen die Vorschläge doch erst in die Praxis umgesetzt und evaluiert werden. Das erfordert Geld - doch nur so kann eine einheitliche Qualität der Kinderbetreuung mit ausreichendem, gut ausgebildeten Personal im Land garantiert werden.

Maisons Relais pour enfants.
Editions le Phare. 2009.

DISKRIMINIERUNG

Die Methode macht's

Thorsten Fuchshuber

Wieder ein EU-Bericht zur Diskriminierung, diesmal aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Luxemburg steht wie immer mit relativ weißer Weste da - scheinbar.

Wann immer die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) einen Bericht über die Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen in der EU veröffentlicht, ist man gespannt, ob Luxemburg darin ausführliche Erwähnung findet. Das dem meist nicht so ist, liegt leider zuvörderst daran, dass entsprechende Formen des Ressentiments hierzulande gar nicht ausreichend erfasst werden.

Dies zeigt sich auch beim jüngsten Bericht der FRA, der am vergangenen Dienstag veröffentlicht wurde und die gesellschaftliche Stellung und Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Transgender-Personen betrifft.

Bereits bei seiner ersten namentlichen Erwähnung glänzt Luxemburg inhaltlich durch Abwesenheit: Während in 12 EU-Staaten das Strafrecht Bestimmungen enthält, die die Anstiftung zu Hass, Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung unter Strafe stellen, vermeldet die Studie, selbiges werde im Großherzogtum weder als Straftat noch als erschwerender Umstand bei anders rubrizierten Straftaten (etwa Körperverletzung und Beleidigung) gewertet.

Demgegenüber kommt der Bericht zu dem Schluss, dass Länder, die eine signifikante Zahl von homophoben Hassverbrechen (die von verbalen Aggressionen bis hin zu körperlichen Angriffen reichen) vermelden, sich durch „exzellente Instrumentarien“ zur Erfassung von und Berichten über entsprechende Verbrechen auszeichnen. Aus Luxemburg liegen von offizieller Seite hingegen gar keine Daten vor, Berichte über entsprechende

Straftaten liefern allein verschiedene Nichtregierungsorganisationen.

Die jedoch werden zu allem Überfluss in ihrer Arbeit beeinträchtigt: Der Luxemburgische Report berichtet laut FRA, NGOs seien fallweise von Behörden daran gehindert worden, gegen Homophobie an Schulen vorzugehen bzw. die Schüler für das Thema zu sensibilisieren. Zur Beeinträchtigung tragen in Luxemburg nicht zuletzt auch die Medien bei. Wie Vertreter des Beratungszentrums für Schwule und Lesben (Cigale) zu Protokoll gaben, sind die Medien hier eher an oberflächlich-bunten Geschichten interessiert und meiden die politischen Themen, die mit der Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Transgender-Personen zu tun haben. Die - nicht nur mediale - Öffentlichkeit scheint also auch hier lieber bei folkloristischen Klischees zu verharren als in eine zur Selbstreflexion nötige Auseinandersetzung mit dem Thema einzutreten.

Besonders problematisch ist die Situation in der EU für Transgender-Personen: Die negative Haltung ihnen gegenüber ist laut dem Bericht „erheblich stärker als gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen“. Auch seien in Luxemburg insbesondere Transgender mit einer unzureichenden rechtlichen Absicherung

konfrontiert, da die bestehenden Antidiskriminierungsgesetze viel zu allgemein seien, um spezifischen Schutz zu gewährleisten.

Der Bericht schlägt allen Mitgliedsstaaten vor, ihre Gesetze auf Transgender anzupassen und ihre volle juristische Anerkennung - etwa hinsichtlich einer Namensänderung - zu gewährleisten. Aufklärungsmaßnahmen sollten explizit auf die Problematik eingehen, mit der Transgender-Personen in der Gesellschaft konfrontiert sind.

Der Bericht benennt jedoch nicht bloß Probleme, sondern stellt auch einige Projekte vor. So können in den Niederlanden Hassverbrechen inzwischen anonym im Internet gemeldet werden. Informationen können dadurch auch dann gesammelt werden, wenn Betroffene keine Strafanzeige stellen wollen.

Der Luxemburg betreffende Skandal gründet sich indes - wie zuletzt auch bei der FRA-Studie zum Thema Antisemitismus - vor allem darauf, dass hier noch immer nicht die nötigen Instanzen und Instrumentarien geschaffen wurden, um die verschiedenen Formen der Diskriminierung verlässlich zu dokumentieren. Ein Skandal aber setzt gesellschaftliche Aufmerksamkeit voraus - und die scheint nicht gegeben zu sein.